



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 0 698 890

P/XIV/288 - 18. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	1960 - das Jahr der Offensive Von Waldemar von Knoeringer, Stellvertretender Vorsitzender der SPD	105
3 - 4	Jetzt haben die Staatschefs das Wort Von G. Markscheffel, z.Zt. Paris	85
5 - 6	Politische Skandale in Österreich Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Pratta	70
7	Teilweh noch nicht überwunden Befragungen bei Vertriebenen und Flüchtlingen	43

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Vorankündigung:

Staatsbürger oder Untertan. Über dieses zeitgemäße Thema veröffentlichen wir morgen einen Artikel von Fritz Erler, MdB., Mitglied des Präsidiums der SPD.

1960 - das Jahr der Offensive

Von Waldemar von Knoeringer,  
stellvertretender Vorsitzender der SPD

Explosionsartig breitet sich die technische Revolution über die Erde aus; sie erfaßt alle Völker, sie wälzt alle Ordnungen um, auch die unsere.

Man sollte glauben, daß diese Tatsache die Einsicht und das politische Handeln derer berührt, die bei uns Träger der politischen Verantwortung sind. Man sollte glauben, daß Männer, auf die jeden Tag die ganze Fülle neuen Geschehens, neuer Ereignisse, neuer Umwälzungen einwirkt, das unerhörte Dynamische, das Neue, das Revolutionäre in der Veränderung verspüren würden.

Wer jedoch den Ablauf des politischen Geschehens bei uns verfolgt, der muß die Feststellung machen, daß noch immer ein Geist regiert, der sich mit Starrheit wehrt, die Elemente einer sich wandelnden Welt zu erkennen.

Sind das nicht nur Worte, billige Kritik von den Bänken der Opposition? Geschieht nicht jeden Augenblick viel Neues bei uns? Steigen nicht die Steuereinnahmen und die Ausgaben des Staates für alle Zwecke? Wird nicht viel getan für den Neubau von Schulen, von Straßen, von Wohnungen? Ist es daher gerechtfertigt, davon zu sprechen, daß unsere in der Regierung verantwortliche Männer die Zeichen der Zeit nicht zur Kenntnis nehmen wollen?

Folgen der industriellen Revolution

Um uns verständlich zu machen, wollen wir auf folgendes verweisen: Im Jahre 1956 hat die Sozialdemokratie als erste politische Organisation in der Bundesrepublik die Frage der industriellen Revolution zum Gegenstand grundsätzlicher Erörterungen und Beschlüsse gemacht. Wer heute die Erklärungen des Münchener Parteitages liest, muß den Ernst erkennen, mit dem hier die gesellschaftliche Situation dargestellt wurde und feststellen, daß politische Konsequenzen daran geknüpft wurden, die durch die Entwicklung voll gerechtfertigt sind.

In konkreten Vorschlägen drückte die Sozialdemokratie ihre Vorstellungen von einer Politik zur Bewältigung der gesellschaftlichen Probleme aus. Damals forderten wir die Anpassung unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung an die Bedingungen der zweiten industriellen Revolution, wir schlugen neue Formen der Kontrolle wirtschaftlicher Macht vor. Wir forderten die ständige Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung als Voraussetzung für richtiges politisches Handeln, ein umfassendes Programm zur Förderung von Wissenschaft und Bildung, eine bei der Volksschule beginnende Begabtauslese und -Förderung, politische Bildung des ganzen Volkes. Reform unseres Schulsystems und des Lehrstoffes, Demokratisierung unserer Gesellschaft vom Fundament her als Voraussetzung für die freie Entfaltung der geistigen und kulturellen Kräfte des Menschen und Antwort auf die Herausforderung durch den Kommunismus und die totalitären Mächte der Welt. In einer ins einzelne gehenden Aufzählung hat die Sozialdemokratie ihr Programm vorgelegt. Was war die Antwort?

Man hat die Sozialdemokratie verdächtigt, billige Propaganda betreiben zu wollen, man hat ihr Zukunftsschwärmerei und mangelnden Realismus vorgeworfen. Heute, nach fünf Jahren, sind diese Stimmen verstummt. Der Druck der Entwicklung lastet mehr und mehr auf den politischen Entscheidungen. Die Herausforderung durch die totalitären Industriemächte wächst. Wir können den geschichtlichen Entscheidungen nicht mehr ausweichen.

### Kernfrage freiheitlicher Existenz

Ob persönliche Freiheit und Demokratie in einer technischen Industriegesellschaft bewahrt werden können, ist zur Kernfrage freiheitlicher Existenz geworden. Das bestreitet heute schon niemand mehr, aber Konsequenzen aus dieser Einsicht zu ziehen, dazu fehlen der Mut und der Wille. Es ist ein geradezu tragischer Vorgang, wenn wir heute erleben müssen, wie Jahr um Jahr vergeht, ohne daß wir dazu kommen, eine großangelegte Anstrengung zu machen, die die geistigen und sozialen Kräfte unseres Volkes so mobilisiert, daß wir damit den Bedrohungen freiheitlicher Existenz zu begegnen vermögen.

Immer noch wird der von allen als notwendig anerkannten Steigerung unserer kulturellen Leistung das Argument gegenübergestellt, daß wir auch andere Dringlichkeiten hätten. Immer noch wird gefeilscht und gezetert um die Beträge, die für Wissenschaft und Erziehung dringend erforderlich sind. Noch immer stecken wir im Vorraum der Erörterungen unserer Bildungsreform, noch immer haben wir nicht den notwendigen Schulraum, die Studentenwohnungen, den breiten Ausbau des zweiten Bildungsweges, die Überwindung des Bildungsprivileges vor allem für die Kinder unterer Einkommensschichten. Noch immer haben sich Bund und Länder nicht über die gemeinsame große Leistung verständigt, die notwendig ist, wenn wir rasch vorankommen wollen. Blickt man auf die Entwicklung in der übrigen Welt, sieht man die wachsende Bedrohung, die von Osten her durch den kommunistischen Wettbewerb aus uns zukommt, dann können wir resignierend sagen: zu wenig, zu langsam, zu spät!

Und die Jahre gehen dahin, die Zeit geht schneller als sonst, die großen dramatischen Geschehnisse folgen in immer kürzeren Abständen aufeinander. 1959, das Jahr der russischen Rakete auf den Mond, das Jahr des neuen Stils im Ringen der Giganten um die ökonomische und politische Vormachtstellung in der Welt, das Jahr des Erwachens der afro-asiatischen Welt. Wer wird heute bei solchem Geschehen noch des Glaubens sein können, daß wir unsere Zukunft mit alten Vorstellungen und alten Mitteln zu meistern vermögen? Das Tempo zwingt uns, wir müssen handeln, großzügig handeln, oder wir werden überrollt.

### Wir dürfen nicht resignieren

Die Sozialdemokratie hat in diesem Jahr das Angebot gemacht, auf dem Gebiet von Wissenschaft und Bildung - wo eine gemeinsame Anstrengung des ganzen Volkes entscheidend ist - über alle parteipolitischen Schranken hinweg im Geiste einer "Großen Koalition der Bildung" zu handeln. Nie ermüdend haben wir unseren Appell an die Regierungsmehrheit gerichtet, haben konkrete Vorschläge gemacht und uns zum gemeinsamen Handeln bereit erklärt. Man hat uns nicht einmal geantwortet! Dieses Verhalten zeigt den Geist, der in einer Stunde wachsender Gefahr die verantwortliche Führung der bundesrepublikanischen Politik beherrscht. Aber wie sehr wir diese Situation auch beklagen, und wie lähnend das Verharren im ewig Ge-strigen sich auch auswirken möge, wir dürfen nicht resignieren, wenn wir nicht schuldig werden wollen. Die Sozialdemokratie geht daher im Geiste ihrer Beschlüsse von München in das neue Jahr mit dem festen Vorsatz, weiter zu rufen, zu fordern und zu arbeiten. Auf der Grundlage ihres neuen Programms wird sie konkrete Einzelheiten ihrer Politik präzisieren und immer wieder zu neuen politischen Entscheidungen drängen. Sie muß das tun, ungeachtet dessen, wann auf der anderen Seite die Bereitschaft zum gemeinsamen Tun sich endlich durchsetzt.

War das Jahr 1959 das Jahr der Werbung, so muß 1960 das Jahr der Offensive werden, einer Offensive für die fundamentale Demokratisierung der Bundesrepublik Deutschland, für soziale Neuordnung und für die Mobilisierung aller politischen und geistigen Kräfte unseres Volkes. Wir rufen jeden auf, der die Stunde begriffen hat, gemeinsam mit uns den Durchbruch in eine neue Zeit zu wagen.

Jetzt haben die Staatschefs das Wort

Von G. Markscheffel, zur Zeit Paris

NATO-Generalsekretär Paul Henri Spaak erntete erstaunte Ausrufe und Gelächter, als er am Donnerstagabend in der Pressekonferenz nach der dreitägigen Sitzung des Atlantikrates erklärte: "Es gibt weder eine Krise noch ein Unbehagen in der NATO". Spaak sagte dies vor den gespannt auf das Abschlußcommuniqué wartenden Journalisten aus aller Welt mit einem Gesicht, das ein Zauberer zeigen mag, wenn er statt des ursprünglich angekündigten Kaninchens eine Mohrrübe aus dem Zylinder zieht.

Und in der Tat: Das Communiqué enthält nicht einen einzigen Hinweis auf das während der ganzen Tagung hartnäckig diskutierte, aber nicht gelöste Problem der militärischen Integration der NATO-Luftstreitkräfte, keinen Hinweis auf die Überbrückung der amerikanisch-französischen Meinungsverschiedenheit in dieser Frage und erst recht keine Andeutung darüber, ob eine begründete Aussicht besteht, die zutage getretenen Differenzen überbrücken zu können.

Man will jetzt eine Art Zehnjahresplan der notwendigen militärischen, politischen und ökonomischen NATO-Maßnahmen aufstellen und hat im übrigen der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die vier westlichen Staatschefs an diesem Wochenende - besonders aber Eisenhower und de Gaulle - die offenen Fragen "in Zeichen des gegenseitigen Verständnisses" besprechen werden.

Einen sehr sibyllinischen Satz sprach Spaak bei seinen Erläuterungen zum offiziellen Communiqué aus, als er meinte, die NATO sei umso notwendiger, je mehr man mit einer Entspannung rechnen könne.

Beibehaltung des status quo?

Diese Bemerkung hat hier in Paris zu interessanten Überlegungen geführt. Allgemein ist man in Kreisen der Konferenzbeobachter der Ansicht, Spaak wolle damit die gegenwärtige Spaltung der Welt in zwei Blöcke besonders herausstellen und darauf hinweisen, daß nach seiner Ansicht auch eine politische und militärische Entspannung zwischen Ost und West - die er für möglich hält - nichts an der Aufrechterhaltung der Spaltung Europas und damit Deutschlands ändern würde. Wie es heißt, soll die bundesrepublikanische Delegation mit dieser Interpretation der Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung durchaus übereinstimmen.

Zweifelloos aber standen die Außen- und Verteidigungsminister bei ihren Beratungen in dieser Woche unter dem Druck möglicher Entscheidungen, die den Staatschefs vorbehalten sind. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Verteidigungsminister erst im März 1960 wieder zusammentreffen werden, zu einem Zeitpunkt also, an dem das Treffen de Gaulle-Chruschtschow wahrscheinlich bereits stattgefunden haben wird.

Es ist bekanntgeworden, daß einige NATO-Mitglieder bereits im Januar oder Februar ein neues Treffen der Verteidigungsminister gewünscht hatten, hierbei jedoch auf die strikte Ablehnung der Franzosen gestoßen sind.

### Widerstand gegen Integration

An dieser Terminepisode am Rande der NATO-Konferenz zeichnet sich der tatsächliche Beweggrund für die französische Opposition gegen die militärische Integration ab.

Die Pariser Rechtszeitung "Le Figaro", ein Blatt, das im allgemeinen sehr gut über die Ideen und Absichten de Gaulles informiert ist, meinte am Freitag in einem Kommentar zur NATO-Konferenz, es sei nicht möglich, die rein militärischen Probleme von den viel wichtigeren und besonderen Verantwortlichkeiten Frankreichs und von der Rolle, die dieses Land bei der Ausarbeitung der großen strategischen Entscheidungen zu spielen gedenkt, zu trennen.

Das heißt: Frankreich will mehr als nur das militärische Mitspracherecht. Es will sein ganzes Gewicht in die Gestaltung der Weltpolitik werfen.

Unter diesen Umständen - das ist mit Sicherheit anzunehmen - wird bei dem West-Gipfeltreffen das zentrale Verhandlungsthema weniger die Überbrückung der aktuellen militärischen NATO-Differenzen sein, als vielmehr das Bestreben de Gaulles, Frankreich mit allen Ehren in den Kreis der Großmächte einzugliedern, die das Gesicht der Welt von Morgen bestimmen. De Gaulle hat durch seine letzte Afrikareise den Amerikanern zu verstehen gegeben, daß er auf diesem Kontinent Frankreichs Stellung auch weltpolitisch auszubauen gedenkt.

### Differenzen in der deutschen Delegation

Es fragt sich, was hierbei aus der in letzter Zeit so kräftig betonten deutsch-französischen Freundschaft wird. Franz Josef Strauß hat in Paris die Karte der amerikanischen Militärs gegen die Franzosen ausgespielt und damit natürlich den Pariser Bündnispartner verstimmt. Die Misstimmung, um nicht zu sagen der Krach, zwischen der politischen und der militärischen Gruppe der deutschen Delegation ist allgemein bekannt. Wenn Adenauer nach Paris kommt, muß er mit einem kühlen Empfang bei seinen französischen Freunden rechnen.

Aber das alles sind mehr oder weniger Randerscheinungen, die sich durch ein geschicktes Schlußcommuniqué am Dienstag nächster Woche überbrücken lassen werden. Entscheidend ist, ob es Eisenhower gelingen wird, mit de Gaulle zu einer Vereinbarung zu gelangen, die es Frankreich ermöglicht, die Rolle in der Weltpolitik zu spielen, die der französische Staatspräsident offensichtlich anstrebt. Vielleicht wird man aber auch alle diese Probleme erst dann klarer überschauen können, wenn Chruschtschow Paris wieder verlassen hat. Und das wird erst im Monat März nächsten Jahres sein.

### Politische Skandale in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Die sonst von anderen Geschehnissen und Interessen erfüllte Vorweihnachtszeit steht in Österreich im Zeichen zweier politischer Skandale: Ein Prozeß um eine Millionen-Defraudation von Kirchengeldern und parlamentarische Vorgänge um eine ÖVP-Korruption in der staatlichen Personalpolitik. Der Prozeß ist nicht nur durch die Höhe des unterschlagenen Geldes - es handelt sich um rund 17 Millionen Schilling -, sondern vor allem durch die Hintergründe und Begleitumstände bemerkenswert. Hauptangeklagter ist der ehemalige Oberbuchhalter der Finanzkammer der Erzdiözese Wien, Josef Wimmer, ein Günstling des einstigen österreichischen Minister-Diktators Dr. Engelbert Dollfuß, sowie Duzfreund und Intimus hoher katholischer Würdenträger, maßgeblicher ÖVP-Politiker und - verhängnisvollerweise - auch abgefeimter Verbrecher.

Dieser Wimmer verwaltete die Finanzen der katholischen Kirche in Österreich, vor allem die Ertragnisse der Kirchensteuer. Er genoß dabei das unumschränkte Vertrauen der Kirchenbehörden und verfügte demgemäß ganz nach eigenem Belieben über Millionen Schillinge. Er konnte jederzeit aus der reichlich gefüllten Kirchenkasse gewaltige Beträge entnehmen und weitergeben oder sonstwie verwenden. Es bedurfte dazu keinerlei Genehmigung, und es gab auch bei der Weitergabe von Beträgen keine Quittung. Er wühlte in vollen und hatte, wenn man das so sagen könnte, das Paradies auf Erden, insofern, als es für ihn keine Geldprobleme gab.

Man sollte meinen, daß ein Mensch in so beneidenswerter Lage keine Sorgen kennt, doch hier war das Gegenteil der Fall: Wimmer wurde von einigen Großbetrügern als Melkkuh ausersuchen und schickte sich aus unerfindlichen Gründen in diese Rolle, wobei er sich immer tiefer in das unabwendbare Verhängnis verstrickte. Nicht etwa zur Befriedigung persönlicher Luxusbedürfnisse, sondern zur wüstesten Schiebung und Spekulation verwendete er die ihm anvertrauten frommen Gelder. Eine Spekulation nach der anderen ging schief, und jedes dadurch aufgerissene Loch in der Kirchenkasse stopfte er, indem er ein noch größeres riß.

Am Anfang dieser Monsterdefraudation stand ein mißglückter Rasier-  
klingenexport in die Schweiz, dessen Erlös zum Ausbau des beschädigten  
Wiener Stephansdomes verwendet werden sollte. Sowohl der österreichi-  
sche Vermittler als auch der Schweizer Geschäftspartner, ein katholi-  
scher Pfarrer, erwiesen sich als Betrüger, und das in diese Transak-  
tion ohne Wissen der Kirchenbehörden gesteckte Geld war verloren. Nun  
fanden sich nach und nach andere Betrüger bei Wimmer ein, die ihm An-  
teile an Gewinnen von Riesengeschäften versprachen und dafür im Laufe  
der Zeit viele Millionen kassierten. Unter dem Kirchenportal wechsel-  
ten diese Millionen ihren Besitzer. Ein ehemaliger SS-Oberscharführer  
und späterer Einbrecher, Adolf Swoboda, versprach Anteile an einem  
Schmutz- und Schundblatt und am sagenhaften Skorzeny-Schatz. Ein ehe-  
maliger Russenchauffeur und späterer Hotel- und Nachtlokalbesitzer  
versprach Anteile an einem ertragreichen Gemälde- und Schiffverkauf  
an Rußland. Einbrecher Swoboda konnte dabei auf seine angeblichen Be-  
ziehungen zu ÖVP-Politikern, wie Bundeskanzler Ing. Julius Raab und  
Wirtschaftsbund-Generalsekretär-Bundesrat Friedrich Eckert, verweisen,  
mit denen er tatsächlich gemeinsam photographiert worden war, ja er  
behauptete sogar, mit Bundeskanzler Dr. Adenauer und Verteidigungs-  
minister Strauß verhandelt zu haben. Die ganze unerquickliche Affaire  
wirft ein bezeichnendes Licht auf die ÖVP und auf die Fragwürdigkeit  
ihrer frömmelnden Patrioten.

Nicht minder bezeichnend ist ein anderer Skandal: Eine Frau be-  
wirbt sich um eine Stellung im Österreichischen Postsparkassenamt.  
Einige Wochen später wird sie in die ÖVP-Bundesparteileitung vorgela-  
den, um ihre Parteizugehörigkeit und Gesinnung zu überprüfen. SPÖ-Ab-  
geordnete richten deshalb an den ÖVP-Finanzminister Dr. Reinhard Ka-  
nitz, dem die Postsparkasse untersteht, eine Anfrage, und dieser ant-  
wortet mit unglaublicher Überheblichkeit, die Anfrage sei "ein Miß-  
brauch des Interpellationsrechtes". Die ganze Geringschätzung dieses  
ÖVP-Regierungsmitgliedes gegenüber der gewählten Volksvertretung kommt  
dafür zum Ausdruck.

Auf Antrag der Sozialisten und gegen die Stimmen der ÖVP-Abgeord-  
neten wurde dazu eine eigene Parlamentsdebatte herbeigeführt, und zwar  
auf Grund eines Geschäftsordnungsparagraphen, von dem in der zweiten  
Republik Österreich bisher noch niemals Gebrauch gemacht wurde. Es hat  
den Anschein, als würde die ÖVP ihre zunehmende politische Schwäche  
durch ebenso zunehmende Herausforderungen auszugleichen suchen.



### Heimweh noch nicht überwunden

Die deutsche Ostsiedlung in den vergangenen Jahrhunderten war keine gezielte machtpolitische Expansion, und die Ostgebiete erfüllten eine bedeutsame Funktion für die deutsche Volkswirtschaft. Zu diesen Schlüssen kommen deutsche Professoren und Experten in einem im Holzner-Verlag erschienenen Handbuch "Das östliche Deutschland".

Eingehend beschäftigt sich das Handbuch mit der Eingliederung der Vertriebenen in der Bundesrepublik, deren wirtschaftliche Einfügung während einer günstigen Konjunktur noch keinesfalls im gleichen Ausmaß als soziale Eingliederung zu werten sei. Es bestehe eine geistige Aufgeschlossenheit gegenüber dem Gedanken einer möglichen Rückkehr auch unter schweren Opfern.

So ergab eine Schlesierbefragung, deren Teilergebnis erstmals im Handbuch "Das östliche Deutschland" veröffentlicht wurde, dass 60 Prozent im Falle einer friedlichen Neuordnung auch dann nach Schlesien zurückkehren wollen, wenn sie auf längere Zeit mit Opfern, Not und Armut rechnen müssten. Bei den männlichen Antworten sind es 66 Prozent, bei den Jugendlichen steigt der Prozentsatz auf über 70 Prozent.

Die Begründungen ergeben ein Überwiegen emotionaler Gründe: Heimweh, Verpflichtung gegenüber der Heimat, Aufbauwillen, Familientradition, mit mindestens 60 Prozent der Ja-Antworten. Der Rest stellt mitschwingende materielle Hoffnungen auf den alten Besitz in den Vordergrund. Auch Anpassungsschwierigkeiten gegenüber der Zufluchtstätte in der Bundesrepublik treten häufig als Motiv des Rückkehrwillens auf.

Bei den Neinsagern resigniert die stärkste Gruppe aus Alters- und Krankheitsgründen. Sie sind insgesamt 28 Prozent aller Neinsager. Der Prozentsatz der älteren Vertriebenen, deren Kinder in der Bundesrepublik geheiratet haben und die sie nicht lassen wollen, und derjenigen, die kranke Familienmitglieder nicht zurücklassen können, beträgt 12 Prozent, elf Prozent wollen nicht in ihre Heimat zurückkehren, weil sie die schrecklichen Erinnerungen der Vertreibung nicht verwinden können. Etwa 14 Prozent sträuben sich innerlich gegen den Gedanken der Rückkehr und weisen ihn entschieden von sich.

Die stärkste Gruppe der echten Neinsager (21 Prozent) hat sich in der Bundesrepublik gut eingelebt, eine gesicherte Existenz aufgebaut und keine Lust, noch einmal von vorn anzufangen. Hierzu zählen bemerkenswert viele Facharbeiter. Unentschieden zeigten sich 11,6 Prozent. Unter ihnen überwiegen die älteren und die weiblichen Befragten.

40 Prozent der Befragten wollen auch in dem Fall, dass ein Teil Schlesiens zu Polen geschlagen würde, in der polnisch gewordenen Heimat bleiben.